

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

V. b. b.

Der Mahnruf

Im Abonnement 12 Groschen

Kampfblatt der Werktätigen

Im Straßenverkauf 15 Groschen.

Erscheint wöchentlich

Vierteljahrsabonnement S 1.40

Erscheint wöchentlich

Verwaltung und Redaktion: Elisabethnergasse Nr. 20. — Sperrstunden von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 6 bis 7 Uhr abends.

Nummer 25

Graz, Juni 1928

2. Jahrgang

Auf zum Kampfe gegen den Heimwehr-Faschismus!

Arbeiter! Arbeitslose! Landarbeiter! Kleinbauern!

Drohend erhebt der Heimwehfaschismus sein Haupt! Die Kapitalisten haben ihn ins Leben gerufen, damit er den wirtschaftlichen Kampf der Ausbeuter als Streikbrecher, Lohnräuber und Spießkader unterstüzt; um militärisch gerüstet die Arbeiterchaft und landarmen Bauern niederzuschlagen, wenn sie sich gegen die Ausbeutung zur Wehr setzen.

Die schwachpöle Kapitulation der sozialdemokratischen Führer, die die Arsenalwaffen der Reaktion freiwillig überlassen, die am 15. Juli 1927 vor den blutigen Schergen der Bourgeoisregierung kampflos wichen, die den General- und dann den Verlehrsstreik bedingungslos abgebrochen haben, die elende, kleinbürgerliche Politik der koalitionswütigen Reformisten, all das hat die Kapitalisten und ihre blutbefudelte Regierung ermutigt, ihre Heimwehrbanden heberhaft zu rüsten, um die letzten Bollwerke des Proletariats zu erobern.

die Gewerkschaften zu zerschlagen, die färglichen sozialpolitischen Gesetze zu vernichten und das Hungerlohniveau noch tiefer zu drücken.

Was die Bourgeoisie zielbewußt anstrebt, woran sie keine parlamentarischen Illusionen der Massen hindern können, das ist

die Ergänzung ihrer offenen Klassen-diktatur.

die sie am 15. Juli 1927 aufgerichtet hat, durch den Heimwehfaschismus, dem sie vorläufig die Aufgabe zugewiesen hat, die Betriebe zu erobern, das Landproletariat zu terrorisieren, Kleinbauern und Kleinbürgern

mit drohender Waffengewalt zu demonstrieren, daß das Kapital in Österreich Herr der Republik ist und daß diese Herrschaft, wenn sie parlamentarisch nicht mehr reibungslos fortgesetzt werden kann, mit den Mitteln des Faschismus, mit Staatsstreich und Maschinen-gewehren weitergeführt werden wird.

Die bewährte Junst der Pentersknechte, die ehemaligen Offiziere des Habsburgerregimes, haben die militärische Leitung der Heimwehr übernommen. Die alten Soldatenschilder sind in den Dienst der Kapitalisten getreten.

Angefecht der ungeheuren Gefahren, der militärischen Rüstungen des Heimwehfaschismus, des Eindringens der Heimwehr in die feierischen und lärtnerischen Betriebe beweist die sozialdem. Führung, daß sie lieber die Arbeiterklasse reiflos preisgibt, als den Waffenkampf gegen den Heimwehfaschismus aufnimmt.

So wie am 15. Juli vor den Gewehr-mündungen Schober's, so kapituliert sie jetzt vor dem

Stahlwerkverband: sie zwang die zahnstreichenden Güttenberger Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit, sie verhindert planmäßig die Ausdehnung der Kampffront.

ja, sie leistet dem Heimwehfaschismus die glänzendsten Dienste, indem sie durch eine solche Politik die Versuche proletarischer Abwehr zerschlägt, und vor allem, indem sie verzichtet, wirkliche Lohnkämpfe zu führen, um das Elend der Arbeiter zu mildern.

Die Verzweiflung der vom Reformismus niedergehaltenen, verhungerten Arbeiter und Arbeitslosen, das ständige Zurückweichen auf Befehl der Gewerkschaft und S. P.-Führung, das ist der beste Bundesgenosse des Heimwehfaschismus!

Weider verjagt in dieser schwersten Stunde des Proletariats auch die Führung der R. P. kraft- und planlos kauft sie mit Ratschlägen hinter der S. P. einher. Alarmierend sind die Folgen dieser Schwanzpolitik: die schweren Verluste in Donawitz, Seegraben, Kapfenberg usw.

Klassengenossen! Sozialdemokraten! Kommunisten! Parteilose!

Blickt hin nach Italien, wo die Kapitulationspolitik der kleinbürgerlichen S. P.-Führung unermessliches Elend über das Proletariat und die Landarmut gebracht hat.

Denkt an die ruhvolle Vergangenheit des österreichischen Proletariats,

das kraftvoll und revolutionär dem alten Habsburger-Militärstaat getrotzt hat, das mit einer kleinen, aber revolutionären Arbeiterpartei an der Spitze zu kämpfen und zu siegen verstanden hat.

Jetzt, wo die Gefahren riesengroß werden, beginnen sich die klassenbewußten Arbeiter zu befinden und der Ruf nach den alten Kampfmitteln, der auf der Reichstkonferenz des Metallarbeiterverbandes und des feierischen Landesparteitages der S. P. erkönte, er ist ja nichts anderes als der Ruf nach Rückkehr zum Klassenkampf.

Die S. P.-Führung verjagt! Die R. P.-Führung verjagt!

Das revolutionäre, klassenbewußte Proletariat wird nicht versagen!

Schließt euch mit uns zusammen! Bilden wir, trotz aller politischen Differenzen, Sozialdemokraten, Kommunisten und Parteilose.

gemeinsam

die revolutionäre Einheitsfront, die Abwehrfront gegen den Heimwehfaschismus!

Arbeiter von Graz und Steiermark!

Hier, im Staate Fintelenz, wollen wir die proletarische Einheitsfront beginnen, indem wir

ein Abwehr-Komitee bilden,

in das

Bestretter aller proletarischen Parteien und Richtungen, Vertreter der Gewerkschaft, der Betriebe, Arbeitslosen, des

Schutzbundes, der revolutionären Jugend usw.

eintreten.

Zweck dieses überparteilichen Komitees soll

sein, die Initiative zu ergreifen, um die Abwehr des Heimwehfaschismus nach allen Seiten hin zu organisieren und auf überparteilicher Grundlage aufzurichten

die rote Arbeiterwehr, die rote Front gegen die Front des Faschismus!

Proletariat und die landarmen Bauern sind vom Heimwehfaschismus bedroht. Reichen wir uns die Hände, stellen wir uns dem gemeinsamen Feinde, der in Soide des Finanzkapitals die Waffen gegen

uns richtet, entgegen. Der Heimwehfaschismus kämpft im Solde der Kapitalisten für die wirtschaftliche und politische Knechtung der Werktätigen. Die rote Arbeiterwehr soll als überparteiliche Organisation im

Dienste aller Ausgebeuteten in Stadt und Land den Kampf um deren wirtschaftliche Befreiung und vollständige Befreiung vom kapitalistischen Joche unterstützen!

Die Exekutive der Kommun. Opposition.

Die Bezirksorganisation Graz der linken Kommunisten.

Zuschriften, Anmeldungen und Auskünfte: Graz, Elisabethnergasse Nr. 20 — in Wien: Hans Thoman, Kovarrgasse Nr. 24 22.

Die besten Gesuche und Refurse allein helfen nichts.

Tag für Tag kommen arbeitslose Frauen ins Parteibüro, denen die 90prozentige Notstandsaushilfe eingestrichelt wurden. Sicherlich waren die meisten auch schon bei anderen Stellen, bevor sie zu uns kommen. Sicherlich geben viele von uns wieder wohin anders, um Hilfe zu finden. Sie kommen, weil ihnen die 90prozentige Notstandsaushilfe eingestrichelt wurde. Einer Eisenbahnergattin, weil ihr Mann „verdient“. Obwar sie klipp und klar den Nachweis erbringt, daß er für 4 Kinder Alimente wegzahlen muß und für die Wirtschaft monatlich insgesamt nur 100 S verbleiben, geht die J. B. R. von ihrem Standpunkt nicht ab und hält den Entzug der Unterstützung aufrecht. Einer anderen Arbeitslosen wird die Notstandsaushilfe mit ebenderelben Begründung „ih Mann verdient“ entzogen. Was verdient er? 16 Schilling in der Woche! Und 2 Kinder sind auch noch da! Die J. B. R. ist nicht zu bewegen, den Entzug aufzuheben. Wieder eine andere kommt verzweifelt, man möge ihr einen Refurs aufsehen, der Mann verdient nur 18 Schilling, tatsächlich 3 Kinder sind zu erhalten, insgesamt 5 Personen, und die J. B. R. hat ihr die Unterstützung eingestrichelt. Ja es kommen Frauen, denen die Notstandsaushilfe eingestrichelt wurde, — weil ihr Mann im Bezug der Arbeitslosenunterstützung steht. Alle wollen Refurse, alle Gesuche. Sie bitten, ihre Notlage in den Gesuchen und Refursen genau und ausführlich zu schildern, sie glauben, die J. B. R. muß nur genau unterrichtet werden, dann kann sie nicht Nein sagen, dann wird sie die Unterstützung wieder weiter anweisen. Es geschieht, wie es die Silberingenden wollen. Zwei oder drei Wochen später kommen

sie verzweifelt, meist weinend wieder; die Industrielle Bezirkskommission hat sie wieder abgelehnt. Jetzt sind sie ganz rat- und kopflos. Sie haben es nicht glauben können, daß die J. B. R. ihren verzweifelten Notschrei nicht beachten wird. Die Gesuche und Refurse waren umsonst. Warum? Die Bürgerlichen haben der J. B. R. Vorschriften gegeben, wie sie handeln muß. Eine dieser Vorschriften jagt, daß bei 2 Lebensgefährten nur einem die 90prozentige Notstandsaushilfe gegeben werden darf. Die Beamten des Arbeitslosenamtes sind Angestellte des bürgerlichen Staates und als solche befolgen sie die Aufträge der Bürgerlichen. Ja, aber in der J. B. R. sitzen doch auch Arbeitervertreter? Stimmt, diese gehören aber der sozialdemokratischen Partei an, und die Führer dieser Partei sind zu feig gegen die Vorschriften der Bürgerlichen, daß bei Lebensgefährten nur ein Teil die 90prozentige Notstandsaushilfe gegeben werden darf, den Kampf aufzunehmen. Wir Kommunisten fordern Arbeitslosenunterstützung für die ganze Zeit der Arbeitslosigkeit. Die Sozialdemokraten vertreten diesen Standpunkt nicht. Warum schweigen die Verzweifelten in den Arbeitslosenversammlungen, wo sie die feigen sozialdemokratischen Arbeitervertreter zur Verantwortung ziehen sollten? Warum schweigen dort die Männer dieser Frauen? Wenn ein Kommunist fordert, was den Arbeitslosen not tut, dann wird dieser als Fehrer, Demagog, ja als Reaktionär von den sozialdemokratischen Führern beschimpft. Warum schweigen alle, die am eigenen Körper verspüren, daß der Kommunist im Recht ist, dazu? Arbeitslose, die ihr dem Elend und der Not ausgeliefert werden, geht in die Arbeitslosenversammlungen, fordert Rechenschaft von den Arbeitervertretern, die dem Kampfe für euer Interessen ausweichen wollen. Einzelgesuche und Refurse abzugeben allein hilft nichts. Vereint müßt ihr auftreten. Gegen die Sozialdemokraten, die nicht mehr kämpfen wollen. Gegen die Bürgerlichen, die grundsätzlich die Lage des Proletariats nicht verbessern wollen. Stattet der J. B. R. einmal mit euren Kindern geschlossen einen Besuch ab und ihr werdet sehen, daß wirt besser als alle Gesuche.

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz.

IX.

Unterstützungshöhe

in der Lohn-	Bei einem Wochenverdienst		beträgt die Wochen-Unterstützung		
	von S	bis S	niederer Satz	höherer Satz	
5	a	8-36	8-70	6-79	6-79
	b	8-71	9-—	7-07	7-07
	c	9-01	9-30	7-21	7-35
	d	9-31	9-60	7-21	7-56
	e	9-61	9-90	7-21	7-77
	f	9-91	10-37	7-21	8-12
6	a	10-28	10-80	8-40	8-47
	b	10-51	11-23	8-40	8-82
7	a	12-24	12-—	9-31	9-31
	b	12-61	12-60	9-80	9-87
	c	12-61	13-20	9-80	10-29
	d	13-21	13-80	9-80	10-78
	e	13-81	14-40	9-80	11-27
8	a	14-41	15-—	11-20	11-76
	b	15-01	15-60	11-20	12-25
	c	15-61	16-20	11-20	12-74
	d	16-21	16-80	11-20	13-23
	e	16-81	18-—	11-20	13-93
9	a	18-01	19-20	12-60	14-91
	b	19-21	20-40	12-60	15-82
	c	20-41	22-80	12-60	16-10
	d	22-81	25-20	12-60	16-10
10	a	25-21	27-60	14-00	17-50
	b	27-61	—	14-—	17-50

Den höheren Satz bekommen jene, die nachweisbar sich selbst erhalten müssen und nicht im Familienverbande leben. Wenn in einer Familie mehrere die Unterstützung beziehen, bekommt nur einer den höheren Satz. Bei Lebensgefährten der Mann, bei Geschwistern der ältere Teil, bei Eltern und Kinder der Vater.

Der Kinderzuschuß beträgt 20 Groschen pro Tag. Er wird nur bis zu 3 Kindern gegeben. Sind z. B. in einer Familie 6 unversorgte Kinder, so bekommt der Betreffende trotzdem den Kinderzuschuß nur für 3 Kinder.

9 Monate „unpolitischer“ Gemeindegewerkschaftenverband.

Die Korruption im alten Gemeindegewerkschaftenverband einerseits und die Kleinbürgerliche reformistische Politik der sozialdem. Gewerkschaftsführer andererseits veranlaßte im Oktober vorigen Jahres einen Großteil der Gemeindegewerkschaften, den sogen. „unpolitischen“ Gemeindegewerkschaftenverband zu gründen.

Das haben wir als einen falschen Schritt bezeichnet, weil man den Gegner nicht erfolgreich bekämpfen kann, wenn man ihn durch Abpflitterungen ausweicht oder wenn man, wie es bisher der Fall war, die Giftflanze, die kapitalistische Presse, als Kampfmittel zur Austragung von Differenzen einer Gewerkschaftsorganisation benützt.

Wenn auch viele Gemeindegewerkschaften im Oktober vorigen Jahres durch die Neugründung einen richtigen Schritt getan zu haben glaubten, so schloß sich aber alsbald gegen die Führer des neuen Verbandes Mißtrauen ein, als ausgerechnet die Revolverblätter der bürgerlichen Preßkassette durch Keusch zu Verteidigern des „unpolitischen“ Verbandes bestellt wurden. Durch den Jubel in der bürgerlichen Presse, ging einer noch größeren Zahl von Gemeindegewerkschaften ein Licht auf, daß der „unpolitische“ Verband auf falscher Linie steuert.

Den „Mahnruf“ zur Austragung der Differenzen zu benützen, wurde von den „unpolitischen“ Führern abgelehnt, um „unpolitisch“ zu bleiben. Das Rintelen-Organ, das „Volkblatt“, die Sumpzeitung und die „Tagespost“ wurden zur Wahrung der „unpolitischen“ Interessen ausforkoren. Die Presse, welche die bürgerliche Politik vertritt!

Die logische Folge dieser Politik und Taktik war, daß der „unpolitische“ Eisner selbst die Front der gegen den Reformismus Kampfgewillten schwächte. Unter Ausnützung der machtpolitischen Verhältnisse arbeiteten die sozialdem. Gewerkschaftsführer mit der sozialdem. Gemeindegewerkschaften zusammen, um das Produkt ihrer Politik, den „unpolitischen“ Gemeindegewerkschaftenverband, wieder zu beseitigen. Sicher spielten auch Zuckerbrot und Peitsche ein Hilfsmittel, um die Abtrünnigen wieder in ihre Arme zu bekommen. Auch das Einigungsamt Graz verstand den Wind des sozialdem. Gewerkschaftssekretärs Wagner, als die Entscheidung über die Gültigkeit der letzten Betriebsratswahl am 8. Juni d. J. zur Tagesordnung stand. „Wir wollen“, erklärte Wagner, „daß der Arbeitsfriede in der Gemeinde Graz, welche ein großes Unternehmen darstellt, nicht mehr durch solche Fehrer wie Eisner weiter gestört wird“.

Hier vertrat Wagner offen den Standpunkt, den auch die Unternehmer unter dem Schlagwort „Arbeitsfriede“ verstehen: „Ruch und robote weiter“. Das Einigungsamt zeigte sich den Fiktoren des „Arbeitsfriedens“ auch erkenntlich und urteilte zugunsten der S. P. Nach juristischen Begriffen hätte die Wahl ungültig erklärt werden müssen, da von beiden Seiten die kariokesten Mißbräuche vorlagen. Mit dem Urteil des Einigungsamtes, das sich auf Seite der „Arbeitsfriedler“ stellte, ist eine weitere Schwächung des „Unpolitischen“ eingetreten.

Werden nun die „Unpolitischen“ die Bilanz ihrer unnormalen Tätigkeit ziehen? Statt den Kleinbürgern, den Reformisten, den Bürokraten einen Damm entgegenzusetzen, stößt die aufkeimende Unzufriedenheit der Massen gegen das System der Sozialdemokraten in den Gewerkschaften erfolgreich zum Kampfe im Interesse der Arbeiter auszunutzen, statt die „arbeitsfriedlerische“ Politik in den Gewerkschaften im zähen Kampfe auszumergen, müssen wir feststellen, daß mit der Neugründung ein falscher Weg beschritten wurde, der kurz vor seinem Fiasko steht. Wenn das die „unpolitischen“ Funktionäre nicht einsehen, dann wird sie das Fiasko überlassen; der „unpolitische“ Verband wird zusammenbrechen oder offen ins Lager der „unpolitischen“ Reaktion stoßen.

Heimwehr-Ordnung.

Röslacher Kleingewerbetreibende schafften sich ein Lohnauto an. Die Behörde forderte von ihnen die Errichtung einer Garage. Die Kommissionierung wurde vom Landeshauptmann so durchgeführt, daß sie recht viel kostete. Demgegenüber sei festgestellt, daß der Autounternehmer Dengg, der mehrere Lohn- und Lastenautos hat, keine Garage besitzt. Die Behörden kennen ihn als Heimwehrführer, der mit Hinteln auf gutem Fuße steht. Sie machen deshalb bei ihm eine Ausnahme.

In Seegraben stand im Dienste der Alpine der 19jährige Schlossergehilfe Ros. Als Mitglied der Bergarbeiterkapelle sollte er bei einem Heimwehraufmarsch spielen. Ros verweigerte die Mitwirkung. Auf das hin wurde er als Schlosser strafweise in die Grube versetzt. Dem Heimwehrterror der Alpine nicht gewachsen, nahm er seine Abrechnung und ging mit seinem arbeitslosen Freund Rabitsch in den Lob.

Am Montag um 8 Uhr forderten im Werke Donawitz die Heimatschützer Lichtenegger und Dengauer den bei einer Hobelbank beschäftigten Hilfsarbeiter Baronigg nach Kafershofart für den nächsten Tag zum Rapport. Abgelenkt von der Maschine, wurde der Hilfsarbeiter vom Hobeltisch, der sich inzwischen vorgehoben hat, zwischen der Zeltwagenplatte eingeklemmt. Mit einer schweren Quetschung der rechten Kniegelenke rückte er zusammen. Ohne zu helfen, entfernten sich die „Kameraden“ Lichtenegger und Dengauer. Der „Kamerad“ Jng. Krenzenberg schob die Schuld auf den Hobler.

Verbreitet den „Mahnruf“!

Wer die Sozialdemokratie aber nur so bekämpfen kann, daß er dabei die Reaktion stärkt, der wird von der Arbeiterschaft verachtet werden — als Helfershelfer der Reaktion. Die S. P. ist prinzipiell nur deshalb zu bekämpfen, weil sie den Bürgerlichen gegenüber den Anklären des Proletariats die Mauer macht.

Das Gebot der Stunde für die Anhänger des „unpolitischen“ Verbandes ist nun:

1. Sofortiger und gänzlicher Bruch mit der bürgerlichen Presse und ihren Vertretern. Entfernung aller aus dem Verband, die mit der bürgerlichen Presse die Verbindung aufrechterhalten.

2. Bildung einer gemeinsamen Front der Gemeindeglieder beider Richtungen zum Kampfe um wirtschaftliche Besserstellung.

3. Kampf um Wiederaufnahme in die Gewerkschaft mit Anerkennung aller Rechte. Zusammenfassung innerhalb der Gewerkschaft zu einer festgesetzten Opposition.

4. Ausschaltung der sozialdem. Gewerkschaftsbürokratie und Wahl der Verbandsleitung aus den Reihen der Mitglieder selbst, die auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehen.

Gemeindeglieder! Entscheidet euch in diesem Sinne!

Parteigenossen!

Sofort nach Empfang der Zeitung muß euer Erstes sein, die Seite 4 aufzuschlagen, um die Rubrik „Parteinachrichten“ zu lesen. Sonst passiert es, daß ihr euch schlafen legt, während wichtige Parteiversammlungen tagen.

Eine kleine Anfrage an Dr. Uranisch.

Jeder, der das „Glück“ hat, in der Woche zweidrei- und viermal in der Hofgasse zur Meldung bei den Schaltern zu erscheinen, muß im Laufe der Zeit ein Jongleur werden, um sich im Labyrinth nicht die Knochen zu brechen. Dort ist das Pflaster so zertrümmert, daß mehrmals schon Kinderwagen umstürzten, oder Arbeitslose zu Fall gekommen sind. Es wäre deshalb höchst an der Zeit, wenn dieser Mißstand beseitigt würde. Oder will man, daß sich die Arbeitslosen die Knochen brechen, um für die Zeit des Spitalsaufenthaltes die Unterflügel zu ersparen. Die J. B.-K. könnte dabei noch auf den Einfall kommen, den Arbeitslosen überhaupt die Unterflügel auf einige Wochen zu entziehen, mit der Begründung: „Da sie sich aus eigenem Verschulden durch einen Beinbruch der Vermittlung entzogen haben, 12 Wochen Straffrist.“ Mehrere Arbeitslose.

Auch die Frau Doktor versteht es . . .

Bei der gefährlichen und schweren Arbeit am Plabutscher Steinbruch bei Göfing radern sich tagaus, tagsein circa 10 Mann im Schweiße ihres Angesichts um ihr tägliches Brot, so wie es der „Waterner“ der „guten“ Katholiken vorschreibt. Besitzerin dieses Steinbruches ist Frau Dr. Eichinger, Schloßberggäß 54. Siebzig Groschen pro Stunde an Lohn zahlt diese Fee. Die Arbeitszeit ist 60 bis 70 Stunden pro Woche ohne Überstundenzuschlagszahlung. Ebenso gibt es keine Entgeltzahlung bei Krankheit. Um die Ausbeutung zu sichern, macht sie gleich einem bissigen Räder gegen das Eindringen roter Störenfriede, welche die Profimäxine gefährden könnten. Sie will nur willenlose Sklaven. Daß aus den geduldeten Kammern durch ihre Schinderei „Rote“ werden können, daran hat die Ausbeuterin wohl nicht gedacht. Einer davon wird ihr bald eine Kostprobe geben, daß sich die Arbeiter gegen die grenzenlose Wuzerei zur Wehr setzen können. Ein „Roter“.

Was geht in Rußland vor?

Das Zentralkomitee der russischen kommunistischen Partei erließ einen Aufruf an alle Mitglieder, der ein schlagender Beweis ist, für die hundertprozentige Berechtigung des Kampfes, den die heute in den Gefängnissen und in der Verbannung sitzenden oppositionellen Bolschewiki, gegen die Gefahren und Mißstände in der russischen kommunistischen Partei führten.

Der Aufruf des Zentralkomitees, der in Moskau am 3. Juni erschienen ist, ist in vielen Stellen der Plattform der leninistischen Opposition so ähnlich, daß man an eine Abschrift glauben könnte.

Der Aufruf sagt:

1. Die Freiheit der innerparteilichen Kritik ist zu sichern, wodurch jener Praxis ein Ende gemacht wird, die jeden selbständigen Gedanken und jede Kritik im vorhin- ein als „Abweichung“, „Spitzbüberei“ usw. brandmarkt.

Die Plattform der russischen Opposition forderte:

Jeder Genosse und jede Gruppe von Genossen muß die Möglichkeit erhalten, seinen Standpunkt vor der Partei, in der Presse, in Versammlungen zu verteidigen. . . Die Polemik muß in streng kameradschaftlichem, sachlichem Rahmen geführt werden. . .

Der Aufruf sagt:

2. Vollständige Wählbarkeit der Parteistützungen ist zu sichern.

Die Plattform forderte:

Es ist im Namen der ganzen Partei zu bekräftigen, daß entgegen den heutzutage verbreiteten neuen antileninischen Definitionen der innerparteilichen Demokratie, die Arbeiterdemokratie . . . die Freiheit der Diskussion . . . ebenso wie die Wählbarkeit der leitenden Funktionäre und Organe von unten bis oben bedeutet.

Der Aufruf sagt:

3. Die soziale Zusammensetzung der führenden Parteiorgane muß verbessert werden, indem sowohl eine maximale Verbundenheit des Parteialtkivs mit den Massen, wie auch eine wachsende Qualifikation dieses Altkivs auf diesen Gebieten, vor allem auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Arbeit (Technik, Industrie, Agronomie usw.) gefördert wird.

Die Plattform forderte:

Man muß sofort eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Zusammensetzung der Partei und ihrer leitenden Organe ergreifen. Zu diesem Zweck muß man den Beschluß des 13. Partei-

tags bekräftigen, der davon handelt, daß „die überwiegende Mehrheit der Parteimitglieder in der nächsten Zeit aus Arbeitern bestehen muß, welche unmittelbar in der Produktion beschäftigt sind.“

Der Aufruf sagt:

4. Entschiedener Kampf gegen jede Verletzung der Gewerkschafts-demokratie, der Wählbarkeit der führenden Organe in erster Reihe. Die Beseitigung der bürokratischen Elemente aus der Gewerkschaftsleitung, die die Massen und die Verbindung mit den Massen beinahe verloren, durch Neuwahl der betreffenden Organe.

Die Plattform forderte:

Die Gewerkschaften müssen ihre Bestimmung auf der Grundlage der wirklichen Wählbarkeit, Öffentlichkeit, Verantwortlichkeit und Rechenschaftslegung in allen Stufen erfüllen.

Wir könnten die Beispiele vermehren. Der Aufruf ist eine Bestätigung, daß die Forderungen der Opposition richtig waren.

Die aufkeimende Einsicht, daß der Kampf innerhalb der Partei gegen die Fäulniserscheinungen, bürokratische Entartung, Nachlässigkeit, bössartige Unaufmerksamkeit für die Bedürfnisse der Masse und Schleicherei nach oben aufgenommen werden muß, ist zu begrüßen.

Die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter werden den Aufruf des Zentralkomitees der russischen kommunistischen Partei freudig aufnehmen, denn über die Sozialdemokratie hat ein Arbeiter niemals eine solche Kritik der Mißstände gehört, obwohl Bürokratismus, Schleicherei nach oben, hochmütige Selbstzufriedenheit, kleinbürgerliches Spießertum usw. gerade in der sozialdem. Partei wie in einer Treibhauskultur gedeiht. Daß die Kommunisten offen den Kampf gegen solche Mißstände führen, wird das Vertrauen zur kommunist. Bewegung heben. Um das Vertrauen vollends wieder herzustellen, müssen aber auch die Verbannungen der oppositionellen Bolschewiki, die für die Reinheit der Partei kämpften, aufgehoben und die Verbannten wieder in den Dienst der Parteiführung gestellt werden.

Für die österreichischen Verhältnisse muß die Zentrale der kommunistischen Partei aus diesem Aufruf ebenfalls die Konsequenz ziehen. Ihr Kampf gegen die Opposition vollzog sich durchaus in den Rahmen, den heute Stalin verurteilen muß. Der kommunistischen Bewegung in Österreich sind dadurch große Schäden, besonders in Steiermark, erwachsen. Es ist Zeit, das endlich einzusehen.

Eine schändliche Entscheidung der Schiedskommission.

Schalterbeamter Brandt verbindet einen Einspruch an die J. B.-K.

Am 8. April wurde in Leoben die Arbeitslose Theresia Reisch, Mutter mit 2 Kindern, delogiert. Jeder, der das Proletarierleben kennt, weiß, daß mit Kindern schwer eine Wohnung zu bekommen ist. Ist man arbeitslos, dann ist die Sache noch aussichtsloser. Die Arbeitslose Reisch wurde auch in Leoben wegen der 2 Kinder überall abgewiesen. Der Obdachlosigkeit ausgesetzt, wandte sie sich an eine bekannte Familie in Graz, die sich auch bereit erklärte, sie in Untermiete zu nehmen. Der Obdachlosigkeit glücklicherweise entronnen, wurde sie hier das Opfer verständnisloser Bürokraten, denen jedes Verständnis für die Not der arbeitenden Menschen fremd ist. Die hiesige Schiedskommission entzog ihr nach vierzehn Tagen die Unterflügel, weil sie von Leoben weggegangen ist. Jetzt hat die Arme wohl ein Obdach, aber kein Brot für sich und die Kinder. Den Entzug der Unterflügel begründet die Schiedskommission mit der gesetzlichen Bestimmung:

„Ist der Ort des letzten Arbeits- oder Dienstverhältnisses des Anspruchsberechtigten außerhalb des Sprengels des Arbeitslosenamtes gelegen, so hat dieses in der Regel die Aufnahme in die Unterflügel abzulehnen. . .“

Aber im Gesetz steht auch:

„Das Arbeitslosenamt soll, ohne diese Bestimmung mit Rücksichtslosigkeit zu handhaben, doch in der Lage sein, eine Überlastung des Arbeitsmarktes durch ortsfremde Personen zu verhindern.“

Das Gesetz selbst betont also, daß Rücksichtslosigkeiten in der Handhabung dieser Bestimmung vermieden werden sollen. Die Schiedskommission hat sich daran nicht gehalten. Sie hat mit brutaler Rücksichtslosigkeit der Mutter, die durch ihre Obdachlosigkeit gezwungen war Leoben zu verlassen, die Unterflügel entzogen. Jeder wird fragen, ja, wie ist denn das möglich? Sagen denn in der Schiedskommission wie in der Industriellen Bezirkskommission nicht die sozialdemokratischen Arbeitervertreter? Ja sie „sagen“ dort. Aber immer wieder kommen solche Schandbeschlüsse zustande. Oder hat der Referent eigenmächtig gehandelt? Als die Arbeitslose gegen

den Entzug Einspruch erheben wollte, erklärte ihr der Schalterbeamte Brandl, dagegen ist nicht mehr zu machen. Darum verweist er sie nicht zur J. B. R. ? Was wir von dem ungeheuerlichen Vorfall Kenntnis erhielten, war die Anprüchfrist vorüber und Brandl lehnte die Annahme eines Einspruches ab. Unserer Überzeugung nach hat die Industrielle Bezirkskommission die Pflicht, den Fall zu überprüfen. Die Arbeitervertreter müssen sich dort dafür einsetzen, daß die Rückzahlungsfrist aufgehoben wird.

Was ist grad so guat!

Obzwar beinahe 2 Jahre schon seit dem Tode der Tochter des Vorbeters von Fernitz, Machinger, vergangen sind, beschäftigen sich die Leute der dortigen Gegend noch immer mit dem Fall, weil der Vorbeter, ein Besitzer von 13 Joch Grund, damals seiner Tochter kein Reichenbegängnis zahlte. Er überließ sein Kind zuerst dem Seziereinstitut, dann wurde es bei Nacht in einem Massengrab am Zentralfriedhof eingeschaukelt. Einem Bekannten, der den Vorbeter deswegen zur Rede stellte, schrieb er vor kurzem u. a.: „Wenn wir ihr eine Leiche gegeben hätten, dann müßten wir die Krankenkosten selbst bezahlen. Wir haben für ihr in Fernitz ein Amt lesen lassen, das ist gerade so guat.“ Man steht förmlich den Pfaffen zwischen den Beinen hervorgrinsen, wie er dem Vorbeter zuredete, statt einem Begräbnis, eine Messe zu zahlen. Der Vorbeter war damit als guter Christ umso schneller einverstanden, weil er kalkuliert, die Messe kommt billiger als das Begräbnis. P.

Verstümmeltes

Der Deutsche Bürgerblock ist am 12. 6. von der Regierung abgetreten. Es wird eine Koalitionsregierung mit den Sozialdemokraten an der Spitze folgen. Von ihr erwartet jetzt das deutsche Völkertum die Verhütung und Abwendung der deutschen Arbeitererschaft von dem einzig richtigen Ziel: Sturz der bürgerlichen Gesellschaftsordnung.

Der Champagner wird billiger. Die Wägenleichen in der Regierung haben in Anbetracht der besonderen Notlage der Champagnerkäufer beschlossen, die Steuer auf Champagner herabzusetzen. Nicht herabgesetzt wird die Warenumsatzsteuer, die das Mehl, das Brot, das Fett, den Zucker usw. der Welttätigen verteuert.

Unter den Alpinherren hat die Graz-Röflacher im Jahre 1927 schon einen Anfangsergebnis von Schilling 40-894-35 ergeben. Mit zunehmender Nationalisierung, das heißt doppelte, dreifache und zehnfache Arbeiterausbeutung, wird auf viel höhere Gewinne gerechnet.

Die japanische Bourgeoisie hat gegen die Kommunisten die Todesstrafe eingeführt.

Der Kaplan.

Von Fritz Kobacz.

Nur ein Separée ist besetzt. Eben trug ich den Köhler mit einer Flasche Selt hinein. Auf eine längere Zeit habe ich Ruhe und setze mich, ein neugieriger Kellner, in das anstoßende Separée, habe Gelegenheit, durch einen Spalt, den der verschließende Vorhang überläßt, die beiden Menschentinder zu beobachten.

Sie löffelt Eis, er nippt am Mokka. Neckisch hält sie ihm den Löffel mit dem süßen Kalten an den Mund, um ihn blitzschnell in ihren eigenen zu fähren. Laut aufjauchzen beide und sehen sich tief in die Augen.

„Kaplan, ich hätte nicht gedacht, daß Sie solch ein lieber, angenehmer Gesellschaftler sein könnten.“ flüstert sie ihm zu.

„Der Kaplan, Fra Helen, hängt in der engen Kammer des Jazzhauses. Mensch, nur Mensch will

60.000 Tabakarbeiter traten in der Vorwoche in Orliegenland in den Generalstreik.

50.000 Frauen und 5000 Männer streikten in den Spinnereien von Schanghai.

Eine „unpolitische“ Gewerkschaft wurde von den Alpine-Magnaten in Donauitz gegründet. Um die Arbeiter zu ködern, verspricht die „unpolitische“ Gewerkschaft eine Lohnbewegung einzuleiten. Die Alpine-Magnaten werden zur Förderung ihrer Gründung vielleicht einige Groschen gewähren, um dann, wenn die freien Gewerkschaften zertrümmert sind, das und noch mehr wieder zu rauben. In Italien warz auch so. Zuerst Lohn erhöhungen, und als Trausolini aus Kuber kam, wurden die Löhne unter dem Schutz der Bajonette bis zu 40 Prozent gelürzt.

Arbeitslosenziffer von Steiermark. Im Bezuge der Unterstützung fanden am 31. Mai 1928, 19.075 Arbeitslose, Angemeldet waren 22.719. Auf Graz entfallen davon 13805.

Ein Feind der Naturfreunde. Der „Arbeiterwille“ berichtet über den Wächter am Zirbigelegel, daß dieser sich äußert: „I hob schon g'fres'n wenn i oan fiach und hör, der „Berg frei“ sogt. Mir is liaba, wenn loa „Naturfreund“ in d' Hült'n kommt“. Naturfreunde, meidet deshalb das Schuchhaus.

Der Prozeß gegen Gen. Vela Ruz findet entweder am 22. oder 26. Juni statt. Die Anklage lautet auf Geheimbündelei, Falschmeldung und verbotener Rückkehr.

Gegen den Landtagsabgeordneten Wallisch hat die Leobner Staatsanwaltschaft das Verfahren eingestellt.

Die Tiroler Heimwehrführer haben beschlossen, am 12. November 1928, dem 10. Jahrestag der Republik, für Faschismus und Monarchie zu demonstrieren.

Humoristisches.

Müller will sich anlässlich des Hinscheidens seiner lieben Schwiegermama einen Armflor anlegen.

„Was können Sie mir empfehlen?“

„Das ist ganz verschieden, mein Herr. Bei großer Trauer nimmt man einen recht breiten, bei Personen, die einem weniger nahestanden, einen schmalen Flor.“

„Dann geben Sie mir, bitte, einen schwarzen Zwirnfaden“, sagte erfreut Müller.

Nachts drei Uhr. Es klingelt bei Frau Meier, deren Mann wieder einmal ausgegangen ist. Sie sieht zum Fenster hinaus und bemerkt unten drei hin- und hertaumelnde Gestalten, von denen einer ruft: „Kommen Sie doch schnell herunter und sehen Sie nach, wer von uns Dreien Ihr Mann ist.“

ich sein. Heute ganz besonders. Daß uns vergessen, was die Welt an Trennendem aufgebaut hat. Sei heute mein, Helen, ganz mein!“

Mit kundiger Hand löst er den Korkenerkschuß. Mit einem Knall springt der Pfropfen an die Zimmerdecke, ergießt sich schäumend der pridelnde Innhalt in die Reiche. Wie Glockengeläute klingt das Aneinanderstoßen der Gläser, Auge in Auge trinken sie bis auf die Reige.

Dann sinken sie nieder in die weichen Kissen. Sie, die Frau des andern, und er, den ein Eid bindet — aller künstlich aufgebauten Weltanschauung zum Trotz.

Am nächsten Sonntag wird er von der Kanzel predigen über das neunte Gebot Gottes: „Du sollst nicht begehren deines Nächsten Weib,“ und sie wird an der Seite ihres Mannes mit züchtig gesenkter Augenlidern unter den Höern sein.

Ich hatt' einen Kameraden . . .

Ich hatt' einen Kameraden, der zog ins Feld mit mir, Jedoch ich durft' nicht wagen, Kamerad zu ihm sagen, Denn er war Offizier.

Schon leuchten die Mäkten zur grauenwollen Lat,

Da ist er auch verschwunden Und ward nicht mehr gefunden, Der gute Kamerad.

Erstschöpft, verlaugt, verhungert, lam ich ins Hinterland,

Da trafen wir uns beide Und ich war voller Freude, Da ich ihn wieder fand.

Wollt' seine Hand umschließen, sie war gepflegt und fein,

„Siehe Habacht! — du Himmel, Sonst schied' ich dich in 'n Himmel, Du elckhaftes Schwein.“

Das war vor vielen Jahren. Bin längst nicht mehr Soldat.

Er aber kommt schon wieder im Fahnenchwanzgefieder*) Der gute Kamerad.

Er will die Hand mit geben, mich werden zum Verrat!

„Kann dir die Hand nicht reichen, Du trägst des Kaines Zeichen, Bin nicht dein Kamerad.“

N. N.

*) Der Fahnenchwanz, das Abzeichen der Heimwehler.

Friede den Hütten! Krieg den Palästen!

Das Leben der Vornehmen ist ein langer Sonntag: sie wohnen in schönen Häusern, sie tragen zierliche Kleider, sie haben feiste Gesichter und reden eine eigene Sprache; das Volk aber liegt vor ihnen wie Däner auf dem Aker. Der Bauer geht hinter dem Pflug, der Vornehme aber geht hinter ihm und dem Pflug und treibt ihn mit dem Ochsen am Pflug, er nimmt das Korn und läßt ihm die Stoppeln. Das Leben des Bauern ist ein langer Werktag; Fremde verzehren seine Aker vor seinen Augen, sein Leib ist eine Schwiele, sein Schweiß ist das Salz auf dem Tische des Vornehmen.

Parteinachrichten

Montag, den 18. Juni, halb 8 Uhr abends, Allgemeine Mitglieder-Versammlung

im „Hotel 3 Raben“, Annenstraße.

Thema: „Gegen den Heimwehrraschismus.“ Referent: Gen. F. J. Neisil.

Alle Parteimitglieder vollständig erscheinen, die Betriebsräte nicht ausgenommen! Sympathisierende unbedingt mitbringen. Besonders die Arbeitstagen aus den Betrieben zur Teilnahme auffordern. Kein Parteigenosse, keine Parteigenossin soll fernbleiben.

Musikfreunde!

Alle, die sich bisher gemeldet haben, kommen Dienstag, den 19. Juni, 8 Uhr abends, Elisabethnergasse Nr. 20, mit Gen. Krebs zur Festlegung des Arbeitsprogrammes zusammen. Wer Bloline, Blech oder Gitarre beherrscht, oder sich weiter ausbilden will, kann noch seine Adresse in der Verwaltung oder bei Gen. Krebs, Fintengasse 3, abgeben. Die Zusammenstellung einer Kapelle unter Parteigenossen und Sympathisierenden wird durchgeführt.

Provinz-Abonnenten und Eisenbahner!

Die erste Seite des „Wahruses“ muß in der Provinz als Flugblatt verbreitet werden. Wer bereit ist, zur Verbreitung beizutragen, soll sich von der Verwaltung des „Wahruses“ unter genauer Adressenangabe Flugblätter senden lassen.

Preßfond-Ausweis.

Finanz: Nr. 21 S. 487, Nr. 22 S. 611, Nr. 23 S. 778. — Ertl — 20, Exnummer — 50, R. N. — 20, Parteinotopfer S. 71, Arb. R. S. —, Arb. R. I. —, Gebien — 32, Kampf R. I. —, Diverses 1.60.